

## Das Volk nicht fürchten

Es ist momentan eher wahrscheinlich, dass das Volk ein weiteres Mal über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union zu befinden haben wird. Auch wenn sich zum Beispiel Anfang 2006 von den 102 326 Unterschriften für die Einbürgerungsinitiative der SVP nur 100 038 als gültig erwiesen, dürfte die kleine Reserve für das Referendum nach allgemeinen Erfahrungswerten ausreichen.

Die Situation ist insofern etwas verwirrt, als die SVP-Fraktion die Vorlage im Parlament abgelehnt hatte, die Parteileitung das unter anderem von der Jungen SVP lancierte und von einigen Kantonalparteien unterstützte Referendum aber nach Kräften zu verteideln trachtete. Da die eidgenössischen Räte die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien mit der Frage der grundsätzlichen Fortführung verknüpften, hätte die SVP noch weniger als sonst mit der Illusion arbeiten können, dass Verträge mit einer «EU à la carte» möglich seien. Übrigens war es ein SVP-Antrag gewesen, für die Verlängerung des Abkommens den Weg zu einer Volksentscheidung offenzuhalten, wie ihn die Partei jetzt offenkundig fürchtet beziehungsweise als «Farce» diskreditiert.

Nach den früheren positiv verlaufenen Abstimmungen über die bilateralen Verträge, den Schengen-Beitritt, die Osterweiterung und die Kohäsionsmilliarde ist an sich anzunehmen, dass das Volk auch diesmal auf seinem europapolitischen Kurs bleiben wird. Die direkte Demokratie behält sich aber stets ihre Überraschungen vor. Die Kontingentierung des Zuzugs aus der EU ist erst vor 16 Monaten und nur für die 15 «alten» Mitgliedstaaten aufgehoben worden. Trotz bisher guten Erfahrungen könnte die Aussicht auf wirtschaftlich unruhige Zeiten zu Abschlusssreaktionen führen. Während die Unentbehrlichkeit von ausländischem Personal für allerlei unangenehme Arbeiten unmittelbar einleuchtet, ist das «Eindringen» von Fachleuten und Spitzenkräften in die oberen Mittelschichten und in Führungspositionen immer noch gewöhnungsbedürftig. Zudem ist der Einbezug von Ostmitteleuropa, Rumänien und Bulgarien mit Unsicherheiten verbunden.

Gerade deshalb, als Anlass für eine klare Debatte, könnte das Referendum willkommen sein. Obwohl die bilateralen Verträge formell auch in Zukunft gekündigt werden können, sind sie grundsätzlich eine weitere Abstimmung wert. Später oder früher sollte sich die Politik allerdings auch mit neuen EU-politischen Themen befassen.

C. W.

## 51 700 Unterschriften gegen Personenfreizügigkeit Referendum eingereicht

Bern, 2. Okt. (ap) Die Personenfreizügigkeit kommt nun möglicherweise doch – am 8. Februar 2009 – vors Stimmvolk: Die Referendumsführer haben am Donnerstag 51 700 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Damit könnte die Zahl von 50 000 gültigen Unterschriften knapp erreicht worden sein. Das Referendum war weder von der SVP noch von der Auns unterstützt worden. Bernhard Hess, Geschäftsführer der Schweizer Demokraten (SD), teilte mit, die Junge SVP habe 22 600, die Lega dei Ticinesi habe 14 300 und die SD hätten 13 500 Unterschriften gesammelt. Weitere 1300 Unterschriften seien durch andere Organisationen zusammengekommen.

Die Präsidenten von FDP, CVP, SP, Grünen, Grünliberalen, Liberalen, EVP und BDP waren sich einig, dass sie für ein Ja zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien kämpfen werden. Auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse teilte mit, dass er sich weiterhin vehement für die Weiterführung des bilateralen Wegs einsetzen werde. Die SVP will an einer der nächsten Delegiertenversammlungen über eine Parole beschliessen, wenn das Referendum zustande kommt.

## INHALT

«Entsorgungsproblem» Suppenhuhn  
Jedes Jahr werden in der Schweiz 1,7 Millionen ausgesiedelte Legehennen getötet. Weil die Verfütterung von Tiermehl an Nutztiere wegen BSE verboten ist, ist ihre Entsorgung ein Problem. 17

Bauern und Pendlers im Lötschental  
Das Lötschental ist bekannt für traditionsreiche alpine Kultur. Grösster Wirtschaftsfaktor sind heute Auspendler, Tourismus sowie Landwirtschaft befinden sich in einem Wandel. 19



Finanzminister Merz will bald wieder selber vor die Medien treten; hier tun dies am Donnerstag seine Stellvertreterin Widmer-Schlumpf und Bundespräsident Couchepin.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

## Bundesrat Merz kündigt Rückkehr an Spürbares Aufatmen und erfreute Reaktionen in seiner Partei

Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat am Donnerstag angekündigt, er werde nach seiner Genesung an die Spitze des Finanzdepartements zurückkehren. Noch in seiner Abwesenheit widmete der Bundesrat gleichentags der internationalen Finanzmarktkrise eine Sondersitzung.

rom. Die frohe Nachricht des Tages kam von einem Abwesenden: Bundesrat Hans-Rudolf Merz hatte Bundespräsident Couchepin in einem Brief mitgeteilt, dass er nach seiner Genesung die Führung des Finanzdepartements wieder übernehmen werde. Über den Zeitpunkt seiner Rückkehr werde Merz so bald wie möglich orientieren, gab Bundesratsprecher Oswald Sigg bekannt. Merz konnte das Berner Inselspital nach positivem Verlauf des Gesundungsprozesses bereits am Mittwoch verlassen. Elf Tage nach seinem Herz-Kreislauf-Stillstand begab er sich in eine Rehabilitationsklinik. Merz sei in gutem, stabilem Allgemeinzustand aus der Universitätsklinik für Herz- und Gefässchirurgie entlassen worden, hiess es aus dem Inselspital. Dort waren ihm fünf Bypässe gelegt worden. Vor einer Woche konnte Merz die Intensivstation verlassen. Dem Vernehmen nach ist der «Patient» bereits voller Tatendrang und kümmert sich schon wieder um das politische Geschehen und um seine Dossiers.

### Allseitiger Dank

Das Aufatmen im Bundeshaus über die baldige Rückkehr des Finanzministers war spürbar. Die Nachricht löste durchwegs erfreute Reaktionen aus. Geradezu euphorisch äusserte sich die FDP, die von einer «grossartigen Entwicklung» für Merz und seine Familie und von einer «hervorragenden Nachricht» für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger sprach. Die grosse Anteilnahme der Bevölkerung habe eindrücklich gezeigt, wie sehr Bundesrat Merz und seine Arbeit geschätzt würden. Die Rückkehr des Finanzministers sei ein «äusserst ermutigendes Signal für die Schweizer Politik», schrieb die FDP in einer Mitteilung. Auch die übrigen Parteien zeigten sich glücklich über die rasche Erholung von Hans-Rudolf Merz und wünschten ihm alles Gute.

In seinem Schreiben an den Bundespräsidenten hatte Merz den Mitgliedern des Bundesrats für die allseitige Unterstützung gedankt. Einen besonderen Dank richtete er an Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die als seine offizielle Stellvertreterin die Führung des Finanzdepartements übernommen und dessen Geschäfte in der Herbstsession vertreten hatte.

### Für die Finanzmarktkrise gewappnet

Mt. Bern, 2. Oktober

Der Bundesrat hat am Donnerstag eine Sondersitzung abgehalten, an der er sich den Problemen auf den Finanzmärkten widmete. Wie er danach vor den Medien darlegte, führte er eine vertiefte Aussprache durch, deren Grundlage eine Lageanalyse durch die Nationalbank, die Bankkommission sowie das Finanzdepartement bildete. Viel mehr Konkretes war naturgemäss an einer danach anberaumten Pressekonferenz nicht in Erfahrung zu bringen. Die benutzten Wendungen glichen vielmehr offiziellen Aussagen, die in den letzten Wochen in den Medien zu hören oder zu lesen gewesen waren.

So bestätigte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, der Bundesrat sei «besorgt» über die Krise. Gleichzeitig versicherte sie, dass die Zusammenarbeit der verantwortlichen Schweizer Behörden und Institutionen gut funktioniere. Die Nationalbank habe ihre Bemühungen zur Versor-

gung des Finanzsystems mit Liquidität verstärkt, und dies sei in Zusammenarbeit mit ausländischen Notenbanken erfolgt. Die Bankkommission verfolge die Eigenmittelunterlegung der Banken. Ohnehin habe die Schweiz strengere Vorschriften, als es die internationalen Regeln gemäss «Basel II» vorsehen. Und die Schweizer Banken kämen diesen Anforderungen an den «Swiss Finish» auch in der gegenwärtigen Situation nach. Weiter erklärte sie, man sei froh über die positiven politischen Signale zum Paulson-Plan in den USA. Der wohl wichtigste Satz des ausgehändigten Communiqués lautete, dass der Bundesrat sich seiner Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems bewusst sei und hierfür, falls notwendig, die adäquaten Massnahmen ergreifen werde. Darüber, wie diese Massnahmen aussehen könnten, verlor Widmer-Schlumpf indessen kein Wort. Als Zusicherung für einen Rettungsplan im Fall des Zusammenbruchs einer Schweizer Grossbank wollte sie dies natürlich nicht verstanden wissen. Mit Verweis auf die von der UBS bekanntgegebene Erwartung eines Quartalsgewinns meinte sie lediglich, diese Frage stelle sich heute überhaupt nicht.

## Ständerat will gegen Billigkassen vorgehen Angst vor Entsolidarisierung führte zu Annahme einer Motion

Gute Leistungen und nicht die Jagd nach guten Risiken soll für den Erfolg von Krankenkassen sorgen, so der Ständerat. Deshalb will eine knappe Mehrheit Billigkassen in die Schranken weisen.

dgy. Bern, 2. Oktober

Junge und gesunde Personen verursachen wenig Behandlungskosten, deshalb lassen sich die Krankenversicherungen einiges einfallen, um solche «guten Risiken» unter Vertrag zu nehmen. Die Risikoselektion ist ein Dauerbrenner in der Gesundheitspolitik. Am Donnerstag beschäftigte sich der Ständerat mit einem Aspekt dieses Themas, nämlich den sogenannten Billigkassen, die sich vor allem auf Personen fokussieren, bei denen mit tiefen Kosten zu rechnen ist. Die Prämien innerhalb von Kassenkonglomeraten klapften immer weiter auseinander, was Ausdruck einer Entsolidarisierung sei, umschrieb Erika Forster (St. Gallen, fdp.) die Situation. Bruno Frick (Schwyz, cvp.) hatte vor diesem Hintergrund im letzten Jahr eine Motion eingereicht, welche verlangt, dass «Krankenkassen unter einheitlicher Leitung für die obligatorische Grundversicherung in derselben Prämienregion dieselbe Prämie festlegen müssen». Im Klartext: Billigkassen sollen in der heutigen Form verunmöglicht werden.

### Risikoaussgleich wird verfeinert

Der Ständerat zeigte von Anfang an Sympathien für das Anliegen, wollte die Motion vor einem Jahr aber noch nicht überweisen, sondern verlangte vertiefte Abklärungen durch seine Gesundheitskommission. Dies geschah auch mit Blick auf die Verfeinerung des Risikoaussgleiches, jenes Instrumentes im Krankenversicherungsgesetz also, das die Anreize zur Risikoselektion vermindern soll. Die Kommission kam in ihrer Analyse zum Schluss, dass sich die Jagd nach guten Risiken trotz der Revision des Risikoaussgleiches weiterhin lohnen dürfte, wie Kommissionspräsident Urs Schwaller (Freiburg, cvp.) erklärte. Ab 2012, wenn der verfeinerte Mechanismus in Kraft sei, reduziere sich der durch Risikoselektion generierte Prämienvorteil zwar von

## Konflikt um Unabhängigkeit der Stromnetz-Gesellschaft

Bund beanstandet Swissgrid-Strukturen

dsc. Die Entscheidungsmechanismen von Swissgrid – der Betreibergesellschaft des Strom-Übertragungsnetzes – beschäftigen den Bund auch jenseits der gegenwärtigen Debatte um Strompreiserhöhungen. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) erwartet, dass Swissgrid noch im Oktober eine neue Fassung ihrer Statuten zur Prüfung einreicht (von Swissgrid wird «Ende Jahr» als entsprechender Termin genannt). Zu Beginn des Sommers habe Swissgrid eine Version vorgestellt, die das Departement abgelehnt habe, erklärt UVEK-Sprecher André Simonazzi. Bei den beanstandeten Punkten geht es vor allem um die Stellung von Swissgrid gegenüber den Stromunternehmen.

Der Bund fordert, dass nicht nur der Präsident des Verwaltungsrates, sondern auch der Vizepräsident keinem Stromlieferanten angehören soll. Kritisiert wurden im Weiteren die Fachkommissionen, an die gemäss jetziger Praxis zu viele Entscheidungskompetenzen delegiert würden. Diese Kommissionen seien ebenfalls nicht ausreichend unabhängig gegenüber den Stromunternehmen, was auch dazu führen könne, dass die an Swissgrid beteiligten Firmen Informationen erhalten könnten, die ihnen Wettbewerbsvorteile verschafften.

Das Problem der Abhängigkeit von den Stromunternehmen als Aktionären wird derzeit noch durch die Tatsache verstärkt, dass Hans Schwickard, Chef des Stromkonzerns EOS, seit dem Frühjahr als interimistischer Verwaltungsratspräsident amtiert. – Hans-Peter Aebi, noch bis Februar Swissgrid-CEO, spricht von unterschiedlichen Interessen zwischen der Geschäftsleitung des Netzbetreibers und den Vertretern der Stromunternehmen im Verwaltungsrat der Gesellschaft. Dabei geht es genau um die vom Bund beanstandete mangelnde Unabhängigkeit der Entscheidungsprozesse: Auch die Swissgrid-Geschäftsleitung will unabhängig von ihren Eigentümern (den Stromunternehmen) werden. Die in den vergangenen Wochen oft kritisierten Swissgrid-Tarife, besonders die als hoch empfundene Taxe von 0,9 Rappen pro Kilowattstunde für die Bereitstellung von Reserveenergie, seien hingegen in Ordnung, so Aebi. Freilich wäre auch in diesem Punkt ein Interessenkonflikt möglich, denn Swissgrid bucht den «Notfall»-Strom im Moment noch bei den eigenen Aktionären. Doch hätten diese Stromunternehmen aus eigenem Willen aufgrund politischer Rücksichtnahmen tief kalkuliert, sagt Aebi. Insofern sei der aus Moritz Leuenbergers Rede vor dem Parlament (NZZ 2. 10. 08) ableitbare Zusammenhang zwischen den beanstandeten Strompreiserhöhungen und der grundsätzlichen Entscheidungsstruktur von Swissgrid falsch, so die Meinung von Aebi.

heute 32 auf 15 Prozent. Damit bestünden aber weiterhin Anreize zur Risikoselektion via Billigkassen. Der Druck auf die Kassen müsse deshalb mit der Zustimmung zur Motion Frick aufrecht erhalten werden, beantragte die Kommission.

### «Mobbing gegen ältere Personen»

Denn die Krankenversicherer müssten sich nicht durch Risikoselektion, sondern dank guten Leistungen und Versicherungsmodellen behaupten können. Frick formulierte es drastischer: Das heutige System führe dazu, dass man ältere Personen und Frauen von Billigkassen fernhalte – oder sie wegmobbe. Das könne dazu führen, dass das solidarische Krankenversicherungssystem an die Wand gefahren werde. Gegen diese Sicht wehrte sich Philipp Stähelin (Thurgau, cvp.): Zunächst müsse man die Wirkung beim revidierten Risikoaussgleich abwarten, ausserdem gehe der Vorstoss in die falsche Richtung und führe zu Wettbewerbsbehinderungen. Bundesrat Pascal Couchepin schloss sich dieser Haltung an: Er hegt den Verdacht, dass sich vor allem die weniger dynamischen Kassen gegen die Billigkassen wehrten. Wenn man es den Kassen zu bequem mache, hemme das die Innovationsbereitschaft. Der Ständerat überwiegt die Motion schliesslich – mit 18 zu 17 Stimmen.

## Baldige Entlassung der Tinnners wahrscheinlich

Bern, 2. Okt. (sda) In der Atomschmuggel-Affäre rechnet der ermittelnde Eidgenössische Untersuchungsrichter Andreas Müller «eher» damit, dass gegen die Brüder Urs und Marco Tinner Anklage erhoben wird. Dies trotz der durch den Bundesrat veranlassten Aktenvernichtung. Zugleich geht Müller davon aus, dass die beiden aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Die Brüder sitzen seit fast vier Jahren in Untersuchungshaft; ihre Anwälte wollen deswegen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Beschwerde einreichen. Anfang August hatte das Bundesgericht ein Haftentlassungsgesuch abgelehnt.